

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische neueste Nachrichten. 1946-1950 1947

86 (26.7.1947)

Unerfreulicher Auftakt im Wirtschaftsrat

SPD tritt in Opposition, weil ihr Direktor exponiert für Wirtschaft verwehrt wurde

Frankfurt, 25. Juli (Dena). Der Wirtschaftsrat nahm zu Beginn seiner Arbeit die Besetzung des Aufsichtsrates an, das sofort in Kraft tritt.

In dem Beschlusse des Plenums werden die Militärregierungen gebeten, die Zuständigkeit des Wirtschaftsrates auch auf das Arbeits- und Sozialwesen auszudehnen. Der Ausschuss wird angewiesen, die Bildung eines solchen sozialen Rates vorzubereiten. Die Verwaltung für Wirtschaft soll beim Amt für Stahl und Eisen in Düsseldorf die unbefristete Erfüllung der Stahlaufträge der Eisenbahn veranlassen. Die Verwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten wird beauftragt, den Holzbedarf der Eisenbahn zu sichern, während die Militärregierungen gebeten werden, den Verkehr von Dienstwegen für die Besetzung einzuschränken.

Erwin Schöttle erklärte für die SPD-Fraktion, seine Partei müsse die Möglichkeit haben, an der Spitze des Amtes für Wirtschaft zu beweisen, daß sie den Neuaufbau der Wirtschaft erfolgreich organisieren könne. Mit Parteiloosen habe man schlechte Erfahrungen gemacht.

Direktoren der Verwaltungen gewählt

Die Wahl der Direktoren der Verwaltungen des Wirtschaftsrates beendete die Plenarsitzung des Rates am 24. Juli, nachdem die SPD in Opposition getreten war. Im einzelnen wurden gewählt:

Direktor für Wirtschaft: Dr. Joh. Semmler, München (CSU); Direktor für Finanz- und Reichsbankdirektor Otto Schälwind, München (CSU); Direktor für Ernährung und Landwirtschaft: Dr. Hans Schlang-Schöningh, Hamburg (CDU); Direktor für Verkehr: Generaldirektor Eugen Fischer, Frankfurt (CDU); Direktor für Post und Fernmeldewesen: Staatssekretär Hans Schubert, München (CSU).

Zu Beginn der Sitzung hatte der Exekutivrat seinen neuen Auswahlvorschlag vorgelegt, der die am Mittwoch eingereichte Kandidatenliste jeweils durch einen Ersatzmann der gleichen Partei ergänzte. Der Vorschlag hatte für den unstrittigen Posten des Direktors für Wirtschaft Alfred Kubel oder Heinrich Potthoff (beide SPD) vorgesehen. Beide Kandidaten wurden bei der folgenden Abstimmung mit 27 Stimmen abgelehnt. Aus Grund des Abstimmungs-ergebnisses forderte Dr. Friedrich Holzappel im Namen der CDU-Fraktion neue Vorschläge, die der Mehrheit des Hauses entsprächen.

Erwin Schöttle, der Fraktionsvorsitzende der SPD, erklärte daraufhin, er sei von den für die Direktorenposten im Wirtschaftsrat vorgeschlagenen Kandidaten nicht überzeugt. Er hoffe jedoch, die Opposition der SPD werde sachlich bleiben.

In der von Präsident Köhler anberaumten folgenden Plenarsitzung entwarf der Exekutivrat ein drittes Vorschlag, wonach sich die Direktoren nur aus Mitgliedern der CDU/CSU und einem Parteiloosen zusammensetzen sollten. In dem nach Wiederaufnahme der Sitzung folgenden Wahlen erhielten Johannes Semmler und Hans Schlang-Schöningh 5 und Otto Schälwind, Eugen Fischer und Hans Schubert je 27 Stimmen.

Nach einer Erklärung des KPD-Abgeordneten Ludwig Ficker, daß die KPD die Verantwortung für eine derartige Politik ablehne, vertagte sich der Wirtschaftsrat bis September.

CDU gegen die Überlassung des Wirtschaftspostens an die SPD

Die CDU-Fraktion im Wirtschaftsrat ist nicht gewillt, der SPD den Direktorenposten für Wirtschaft zu überlassen, wie Mitglieder der Fraktion am Donnerstag nach einer

Handelsbesprechungen Westzonen und Tschechei

Berlin, 25. Juli (Dena). Vertreter der amerikanischen und der britischen Militärregierung für Deutschland sind am 24. Juli Handelsbesprechungen mit der tschechoslowakischen Regierung nach Prag abgefahren.

Neben Problemen des Güterausstausches und des Zahlungsverkehrs zwischen der Tschechoslowakei und den beiden wirtschaftlich vereinigten Westzonen sollen auch Fragen des Gütertransportes und des Geschäftsreiserverkehrs erörtert werden.

Zahlungsabkommen Oesterreich-Westzonen vorbereitet

Bad Nauheim, 25. Juli (Dena). Zwischen Oesterreich und der britisch-amerikanischen Zone Deutschlands wird ein Zahlungsabkommen vorbereitet.

Internationale Einkaufs- und Verteilungsagentur

Washington, 25. Juli (Dena-Reuters). Präsident Truman gab am 24. Juli bekannt, daß die Regierung der Vereinigten Staaten zur Zeit die Schaffung einer „Internationalen Einkaufs- und Verteilungsagentur“ erwäge, die Fragen der Lieferung von Getreide, Lebensmitteln und anderen Wirtschaftsgütern im Rahmen des Marshall-Planes an die europäischen Länder behandeln soll.

Die Agentur soll eine völlig neue Einrichtung sein und nicht mit der vorgeschlagenen Internationalen Handelsorganisation oder irgend einer anderen schon bestehenden UN-Körperschaft in Verbindung stehen.

Der Krieg in Indonesien und Griechenland Unruhen in Costarica ausgebrochen

Osten Javas von übriger Insel durch Holländer abgeschnitten
Bevin will vermitteln — Griechenland braucht Soldaten

Batavia, 25. Juli (Dena-Reuters). Indonesische republikanische Streitkräfte, die auf Sumatra Gegenangriffe gegen die holländischen Truppen durchzuführen, haben einen Teil von Medan, der von Holländern gehaltenen Hauptstadt Sumatras, eingenommen.

Neutrale Beobachter in Batavia sagten die Niederlage der indonesischen Streitkräfte innerhalb einer Woche voraus, als der Fall der von den Republikanern gehaltenen ostjavanischen Stadt Malang gemeldet wurde.

Die indonesier in Malaya planen den vollständigen Boykott holländischer Waren und die indonesische Jugend beschließt, Beibehaltung zum Kampf gegen die Holländer aufzustellen, erklärte hier der Sekretär der indonesischen Unabhängigkeitsorganisation Abdul Hadi Noor. Diese Organisation hat 1.225.000 Mitglieder in Malaya zu vertreten.

Der Oberbefehlshaber der holländischen Streitkräfte in Indonesien, General S. H. van Spoor gab am 24. Juli bekannt, daß niederländische Truppen den gesamten Osten Javas von Rest der Insel abgeschnitten haben. Der Hafen von Cheribon sowie Orschang an der Sarabaya-Front und im westlichen Operationsgebiet wurden von niederländischen Streitkräften eingenommen.

Wie AP meldet, dürfte der wichtige Hafen Cheribon an der Noëk-Straße in Java Augenblick vor den holländischen Truppen kapitulieren, schreibt das holländische Blatt „Nieuwsblad“ am Donnerstag. „Wir würden uns nicht wundern, wenn die Regierung nach dem Fall Cheribon ihre begrenzten Maßnahmen als abgeschlossen betrachten würde.“ Die Einnahme von Cheribon würde die reichsten Reisgebiete im Norden Mitteljavas in holländische Hand bringen.

Britische Intervention?

London, 25. Juli (AP). Der britische Außenminister Bevin erklärte am 25. Juli im Unterhaus, Großbritannien sei entschlossen, eine möglichst umgehende Beendigung des Krieges in Indonesien herbeizuführen und arbeite bereits an verschiedenen Lösungsmöglichkeiten. „An dem einseitigen Streik, zu dem von kommunistischer Seite als Protest gegen die Entwicklung in Indonesien aufgerufen worden war, am Samstag mit 1000 Arbeitern in Amsterdam teil.“

Die Lage in Griechenland

Athen, 25. Juli (AP). Der Generalgouverneur von Nordgriechenland erklärte am 24. Juli, daß der Kampf gegen die Aufständischen in drei Monaten zu Ende wäre, wenn Griechenland eine Armee von anderthalb bis zwei Millionen Mann hätte.

In den letzten Wochen seien infolge der zunehmenden Stärke der Guerilla-Angriffe 110.000 Flüchtlinge aus den betroffenen Ortschaften geflüchtet, von denen sich 15.000 allein in Saloniki niedergelassen hätten.

Revolution in Costa Rica

San Jose, 25. Juli (AP). Wie aus der Balboa-Kanal-Zone gemeldet wird, ist in Costa Rica eine Revolution ausgebrochen. Die Regierung hat den Ausnahmezustand verhängt. Bei einem Generalstreik in San Jose, der Hauptstadt des Landes, war es zu schweren Zusammenstößen gekommen.

Neues Entnazifizierungsgesetz

Stuttgart, 25. Juli (Dena). Der Rechtsausschuss des württembergisch-badischen Landtages wird nach einer Mitteilung der DVP-Fraktion vom Mittwoch mit der Ausarbeitung eines Gesetzesentwurfes zur Neuordnung der Entnazifizierung beauftragt werden. Die DVP verlangt, daß der Landtag dieses Gesetz wegen seiner Dringlichkeit noch in diesem Monat verabschiedet. Das geplante Entnazifizierungsgesetz soll eine wirkungsvolle Entnazifizierung gewährleisten, d. h. eine gerechte Bestrafung aller Hauptschuldigen und sachlich Belasteten sichern. Die Mitläufer sollen hingegen in einem summarischen Verfahren ausgeschieden werden.

Amnestie im Saargebiet

Koblenz, 25. Juli (Dena-DFPD). Eine Amnestie für alle Personen, die von französischen Militärgerichten verurteilt worden waren und deren Strafe zwischen dem 17. Juli und dem 14. August abgelaufen ist, erteilt der Oberkommandierende der französischen Besatzungstruppen in Deutschland, General Pierre König. Die deutsche Verwaltungs-kommission für das Saargebiet amnestierte ihrerseits alle Verurteilten, die noch einen Monat Gefängnis abzudienen hätten.

Dreimächteabkommen über deutsche Industrie möglich

Frankreich über seinen Beitritt noch nicht im klaren - Marshalls Versprechen an Bidault

Sonderfragebogen über deutschen Wirtschaftsbedarf und Reserven in Ausarbeit

Lenkungsausschuß der Pariser Konferenz in Aktion — Fragebogen für Deutschland an alle vier Zonen - Oberbefehlshaber vorgesehen

Paris, 25. Juli (AP). Der Lenkungsausschuß der Wirtschafts-Organisation für Europa beschloß am 24. Juli, an die Regierungen der 16 Mitgliedsstaaten je 5 Fragebogen zu senden, die sich mit folgenden Sachgebieten befassen: 1. Ernährung, 2. Stromversorgung, 3. Metallindustrie, 4. Landtransport, 5. Seetransport. Als spätester Termin für die Beantwortung ist der 2. August angegeben.

Wie ein Mitglied des Lenkungsausschusses erklärte, wurden die Fragebogen in ihrer jetzt vorliegenden Gestalt einstimmig genehmigt.

Der Ausschuss begann sodann mit der Ausarbeitung eines besonderen Fragebogens über den wirtschaftlichen Bedarf und die Reserven Deutschlands, der den Oberbefehlshabern aller vier Besatzungszonen übermittelt werden wird.

Der britische Delegierte Sir Oliver Franks, der Vorsitzende des Lenkungsausschusses, bat alle abreisenden Delegierten, sie möchten ihre Regierung ersuchen, die geforderten Unterlagen so bald wie möglich nach Paris zu senden. In solchen Fällen, wo eine vollständige Beantwortung des Fragebogens bis zum 2. August nicht möglich sei, solle die betreffende Regierung die Antworten schicken, die bis dahin möglich seien, und den Rest nachsenden.

1. Oktober, letzter Termin für Bericht über Beitrag der USA zum Wiederaufbau Europas

Washington, 25. Juli (Dena-Reuters). Der amerikanische Handelsminister Averell Harriman und Leiter des „18-Mann-Ausschusses“ erklärte am Donnerstag, daß der 1. Oktober als letzter Termin für die Vorlage des vollständigen Berichtes über den Umfang des amerikanischen Beitrages zum europäischen Wiederaufbau unter dem Marshall-Plan an Präsident Truman festgesetzt worden sei.

Disput um Albanien

Die Sowjetunion beschuldigte am Mittwoch auf der Sitzung des UN-Mittelschlichtungsausschusses Großbritannien und die Vereinigten Staaten, sie versuchten Albanien zu beherrschen und zu einem „Werkzeug der Geldbeutel“ zu machen. In der Diskussion über die Aufnahme Albanien in die UN kam es zu einer erregten Auseinandersetzung zwischen dem sowjetischen Delegierten Alexander Krassinikow und den Vertretern Großbritanniens, Australiens und der Vereinigten Staaten.

Kein Hilfsprogramm für Polen

Das US-Außenministerium gab am Mittwoch bekannt, es sei beschlossen worden, kein Hilfsprogramm für Polen durchzuführen. Dies bedeutet, daß die polnische Regierung, die die Teilnahme an den Besprechungen über den Marshall-Plan abgelehnt habe, ihren Anteil an den kürzlich gebilligten 350 Millionen Dollar für die Unterstützung nach Beendigung der UNRRA-Tätigkeit nicht erhalten wird.

Bevin für schnelle Ratifizierung der Friedensverträge

London, 25. Juli (Dena-Reuters). Außenminister Ernest Bevin sagte sich am 25. Juli für eine schnelle Ratifizierung der Friedensverträge mit den ehemaligen Feindstaaten ein. Seiner Ansicht nach würde es gerade im Interesse Italiens das beste sein, den Friedensvertrag zu ratifizieren, damit der offizielle Zustand beendet und wieder normale Beziehungen aufgenommen werden könnten. Italien zögere wahrscheinlich mit der Ratifizierung seines Friedensvertrages, weil es nicht sicher sei, ob ihn die Sowjetunion ratifizieren werde. Sie stünde deshalb mit den betreffenden Regierungen in Verhandlung. Bevin trat für eine Ratifizierung der Verträge mit Bulgarien und Rumänien trotz der offensichtlich dort nicht bestehenden Garantie für persönliche Freiheit ein.

Sowjetunion wird italienischen Friedensvertrag ratifizieren

Rom, 25. Juli (Dena-Reuters). Die Sowjetunion wird den italienischen Friedensvertrag ratifizieren, erklärte der italienische Außenminister Graf Carlo Storza hier am Donnerstag in der Verfassunggebenden Versammlung bei der Eröffnungssitzung am Donnerstag telegrafische Nachricht erhalten, welche die sowjetische Absicht, den Vertrag zu ratifizieren, bestätigte, sagte Storza hinzu.

Enthüllung weiterer Nazi-Verbrechen

Nürnberg, 25. Juli (AP). Hitler hielt für das deutsche Volk alle 15 bis 20 Jahre einen Krieg für angebracht. Dies geht aus einem in Nürnberg veröffentlichten Memorandum hervor, das vor einiger Zeit von Dr. Robert M. W. Kempner bei der Vorbereitung des Prozesses gegen das ehemalige deutsche Auswärtige Amt aufgefunden wurde.

Hitler wies darin auf die „Gefahren“ hin, die eine Armee, die nur zur „Aufrechterhaltung des Friedens“ diene, in sich birgt. Wie aus den Aufzeichnungen weiter hervorgeht, verteidigte Hitler die Verluste seiner Kriegsführung mit dem Hinweis, daß er dem deutschen Volke einen Zuzug von 10 bis 15 Millionen Menschen gebracht habe und deshalb den geringen Teil von 10 Prozent diesem Krieg zum Opfer bringen könne.

Todesurteil im Prozeß gegen Wachmannschaften des Lagers Mauthausen und Dachau

Dachau, 25. Juli (Dena). Vier amerikanische Militärgerichte in Dachau sprachen am 23.



Verbotene Früchte

Zu einer erregten Auseinandersetzung zwischen dem sowjetischen Delegierten Alexander Krassinikow und den Vertretern Großbritanniens, Australiens und der Vereinigten Staaten.

Das US-Außenministerium gab am Mittwoch bekannt, es sei beschlossen worden, kein Hilfsprogramm für Polen durchzuführen.

London, 25. Juli (Dena-Reuters). Außenminister Ernest Bevin sagte sich am 25. Juli für eine schnelle Ratifizierung der Friedensverträge mit den ehemaligen Feindstaaten ein.

Rom, 25. Juli (Dena-Reuters). Die Sowjetunion wird den italienischen Friedensvertrag ratifizieren, erklärte der italienische Außenminister Graf Carlo Storza hier am Donnerstag in der Verfassunggebenden Versammlung bei der Eröffnungssitzung am Donnerstag telegrafische Nachricht erhalten, welche die sowjetische Absicht, den Vertrag zu ratifizieren, bestätigte, sagte Storza hinzu.

Nürnberg, 25. Juli (AP). Hitler hielt für das deutsche Volk alle 15 bis 20 Jahre einen Krieg für angebracht. Dies geht aus einem in Nürnberg veröffentlichten Memorandum hervor, das vor einiger Zeit von Dr. Robert M. W. Kempner bei der Vorbereitung des Prozesses gegen das ehemalige deutsche Auswärtige Amt aufgefunden wurde.

Hitler wies darin auf die „Gefahren“ hin, die eine Armee, die nur zur „Aufrechterhaltung des Friedens“ diene, in sich birgt. Wie aus den Aufzeichnungen weiter hervorgeht, verteidigte Hitler die Verluste seiner Kriegsführung mit dem Hinweis, daß er dem deutschen Volke einen Zuzug von 10 bis 15 Millionen Menschen gebracht habe und deshalb den geringen Teil von 10 Prozent diesem Krieg zum Opfer bringen könne.

Dachau, 25. Juli (Dena). Vier amerikanische Militärgerichte in Dachau sprachen am 23.

Frankzösische Beteiligung an Verhandlung deutscher Industrie-Kapazität gefordert

Washington, 25. Juli (Dena-Reuters). Der allgemeine Meinungsaustausch, zu dem sie am Donnerstag der französische Botschafter Henry Bonnet und der Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium, Norman Armour, zusammenfinden, wird als Anzeichen dafür gewertet, daß sich aus den schwebenden Besprechungen über die deutsche Industrie-Produktion ein umfassendes britisch-französisch-amerikanisches Abkommen über die Grundzüge des deutschen Industrieproblems herauszuschälen kann. Die Besprechung war, wie von zuständiger Seite verlautet, die unmittelbare Folge der Zustimmung Außenminister Marshalls, daß Großbritannien und die Vereinigten Staaten keinen Industriepan für Deutschland festlegen werden, ohne daß Frankreich vorher ausreichende Gelegenheit findet, seine Ansichten zu dieser Frage darzulegen.

Note Marshalls an Bidault

Paris, 25. Juli (Dena-INS). Der amerikanische Außenminister George Marshall hat, wie aus wohnortunrichteten französischen Kreisen bekannt wird, dem französischen Außenminister Georges Bidault eine Note übermittelt, in der er ihm die Zustimmung gibt, daß die Vereinigten Staaten den Plan zur Erhöhung der deutschen Industrie-Produktion vorläufig aufschieben werden.

Wie weiter erklärt wird, soll Frankreich eine angemessene Zeitspanne zur Verfügung haben, um die Angelegenheit mit der amerikanischen und der britischen Regierung zu erörtern, bevor endgültige Maßnahmen in der anglo-amerikanischen Zone Deutschlands getroffen werden.

Hoffnung auf Teilnahme der Sowjetunion

Washington, 25. Juli (Dena-Reuters). Außenminister George Marshall erklärte am Mittwoch auf einer Pressekonferenz, das Angebot der Vereinigten Staaten für ein 40-Jahre-Abkommen zwischen den vier Großmächten zur Verhinderung einer neuen deutschen Aggression sei „noch offen“. Er erachte die Teilnahme der Sowjetunion für die Vollständigkeit eines solchen Vertrages als notwendig.

Bevorstehender Beitritt Frankreichs zum Zweizeonen-Abkommen dementiert

Berlin, 25. Juli (Dena). Zu den Pressemitteilungen, wonach Frankreich unter gewissen Bedingungen bereit ist, dem Zweizeonenabkommen beizutreten, erklärt die französische lizenzierte Zeitung „Der Kurier“ am Freitag, er sei ermächtigt, festzustellen, „daß es keine amtliche Erklärung der französischen Militärregierung in diesem Sinne gibt.“

„Verhandlungen über das deutsche Industrie-niveau sollen demnach aufgenommen werden“, schreibt der Kurier weiter, „bis dahin ist es verfrüht, über eventuelle Ergebnisse zu spekulieren.“

Frankreich wird nicht an den anglo-amerikanischen Besprechungen über technische Fragen einer Steigerung der Ruhrkohlenförderung teilnehmen, erklärte hier am Donnerstag ein Sprecher des französischen Außenministeriums. Frankreich erwarte jedoch auf jeden Fall, an den Verhandlungen über eine Erhöhung der erlaubten industriellen Kapazität Deutschlands beteiligt zu werden. Frankreich werde die Initiative hierfür dem amerikanischen Außenminister überlassen. Es werde an den Besprechungen teilnehmen, auch wenn sie ohne die Sowjetunion stattfinden.

Kutz beleuchtet

Die Frankfurter Wirtschaftsapparatur ist der veränderten Wirtschaft übergeordnet. Es umfaßt drei Teile: den Exekutivrat, der die Funktion eines Regierungskabinetts hat und aus acht von den Länderregierungen der britischen und amerikanischen Zone ernannten Mitgliedern besteht, die Wirtschaftsämter, an deren Spitze die vom Wirtschaftsrat zu wählenden Direktoren stehen, und als wichtigstes Stück, das für das wirtschaftliche Wohl und Wehe von 49 Millionen Deutschen maßgebend ist, das Wirtschafts-parlament, den Wirtschaftsrat. Dieser Wirtschaftsrat hat nun in dieser Woche in Anwesenheit der beiden Militärregierungen seine Arbeit verheißungsvoll begonnen und auch abgeschlossen, allerdings nicht, ohne daß der beim deutschen Parteidogmatismus immer wieder zu erwartende politische Kurzschnitt eintrat. Seine 54 von den Landesparlamenten gewählten Mitglieder bestehen nahezu zu gleichen Teilen aus Mitgliedern der CDU und der SPD bzw. kleineren Gruppen, die sich bei differierenden Abstimmungen auf die CDU oder SPD-Seite schlagen. Die politische Kraftprobe erfolgte nicht bei einer wirtschaftlichen Materie, sondern bei der Besetzung des Direktoratspostens für das Wirtschaftsamte, auf den die SPD Anspruch erhob. Diese Forderung wurde von anderen Parteien, offenbar in der Meinung, daß die SPD mit acht sozialistischen Wirtschaftsministern und sechs Sozialdemokraten von den acht Exekutivrätern einflussmäßig durchaus genügend im wirtschaftlichen Sektor vertreten sei, bestritten. Die Mehrheit entschied sich für einen andern als den vom Exekutivrat vorgeschlagenen sozialdemokratischen Kandidaten, worauf die sozialistische Oppositionserklärung erfolgte. Es liegt kein Grund vor, die Dinge zu dramatisieren und Opposition ist ein integrierender Bestandteil der Demokratie; aber jedermann hat nur den einen heißen Wunsch, daß der Wirtschaftsrat jenseits aller Parteidogmen und deren Machtansprüche seine Aufgaben durch gerechte aber radikale Maßnahmen auf allen Gebieten der Wirtschaft und Ernährung der grenzenlosen Not entgegenzuwirken. Von seinen positiven Leistungen auf diesen Sektoren und sonst von nichts wird das Maß seines Ansehens im Volk bestimmt. W. E.

Im Telegrammstil

Washington. Der Bewilligungsausschuss des Senats genehmigte am 23. Juli in voller Höhe die vom US-Kriegsministerium für die amerikanischen Besatzungszonen in Deutschland, Japan und Korea zu forderten 725 Millionen Dollar, die das Repräsentantenhaus um 175 Millionen gekürzt hat. (Dena-INS)

New York. Der sowjetische Delegierte Gromyko erklärte sich am 23. Juli bei der Erörterung des sowjetischen Vorschlages im UN-Atomenergie-Ausschuß zum erstenmal damit einverstanden, daß die vorgeschlagenen Inspektionen in den Atomenergie-Anlagen von internationalem Personal durchgeführt werden. (Dena-INS)

New York. Alexander Parodi, der französische Delegierte im Sicherheitsrat schlug am 23. Juli vor, daß keine der fünf Großmächte der von den USA angeregten temporären Balkankommission zur Überwachung der nördlichen Grenzen Griechenlands angehören soll. (Dena-INS)

Ouchy (Schweiz). Der vorbereitende Ausschuss der internationalen Flüchtlingsorganisation (IRO) hat mit fünf gegen vier Stimmen beschlossen, den „Volksdeutschen“ den Schutz der IRO zu withdrawen und ihnen Wieder-Anstellungsmöglichkeiten zu geben, sei denn, daß sie durch andere Bestimmungen davon ausgeschlossen seien. (Dena-Reuters)

Budapest. Der Kabinettsrat Ungarns hat dem kommunistischen Innenminister Laszlo Rajk Vollmacht für die Kongresse des gesamten Staatsbeamtenums übertragen. Rajk war bisher bereits ungeschätzter Herr der ungarischen Polizei. Dies erhofft man am 23. Juli von einem zuverlässigen ungarischen Gewährsmann. (AP)

Sofia. Die bulgarische Regierung beschloß am 23. Juli veröffentlichten Anklageschrift den im vergangenen Monat verhafteten Leiter der in der Opposition stehenden Bauernpartei, Nikola Petkov, eine bewaffnete Revolte zum Sturz der gegenwärtigen Regierung geplant zu haben. (Dena-Reuters)

Belgrad. Die albanische Regierung hat, wie die jugoslawische Nachrichtenagentur

Tanjung am 23. Juli aus Tirana meldet, das Ersuchen des Unterausschusses der UN-Balkankommission zur Untersuchung der Zwischenfälle in Albanien abgelehnt. (Dena)

München. Die sofortige Entzerrung aller amerikanischen Kennzeichen an Fahrzeugen der Besatzungstruppen, die der deutschen Wirtschaft zur Verfügung gestellt wurden, wird dem Direktor der amerikanischen Militärregierung für Bayern, General Walter J. Müller. (Dena)

Bad Nauheim. Der Vorstand des britischen Gewerkschaftsbundes stimmte am 23. Juli einem Vorschlag für Austauschbesuche zwischen britischen und deutschen Gewerkschaftlern in der britischen Besatzungszone Deutschlands zu. (Dena)

Bad Nauheim. Die britischen Behörden in Palästina wollen laut Agenturmeldungen in Kürze schärfere Maßnahmen gegen die Terrorwelle durchzuführen. (Dena)

Tübingen. Der südwestdeutsche Landtag sprach am zweiten Tag seiner Sitzung in Bebenhausen auf Antrag der Fraktionen der CDU, SPD und DVP mit 42 gegen 4 Stimmen bei 6 Enthaltungen der Regierung sein Vertrauen aus. (Dena)

Berlin. Besprechungen über den Abschluß eines Handelsabkommens zwischen den britischen und amerikanischen Besatzungsgebieten sollen, wie von norwegischer Seite mitgeteilt wird, am 30. August in Oslo eingeleitet werden. (Dena)

Berlin. Das Frankfurter Gebiet hat die höchste Dringlichkeitsstufe für die Befestigung mit Baumaterial für das Bauprogramm zur Unterbringung der Zweizeoneninter erhalten. (Dena)

Berlin. Der stellvertretende amerikanische Militärregierungsverwalter für Deutschland, General Frank A. Keating, ist am Dienstag von Berlin zu Besprechungen über das Ruhrproblem nach Washington abgefahren. (Dena)

